

02 Bildungschancen stärken – Armutsrisiken bekämpfen

Forderung:

Das Jugendparlament SG AI AR fordert die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden auf:

- sich für eine Senkung der Gebühren im Schul- und Ausbildungssystem einzusetzen.
- die bestehenden Fördermassnahmen für einkommensschwache Familien zu stärken.
- die Aufklärung über mögliche Risiken von Konsumkrediten* zu fördern.
- Massnahmen gegen die Nutzung von Konsumkrediten* zu ergreifen.

*Darunter sind in erster Linie sogenannte «Buy now, pay later»-Kreditmodelle zu verstehen.

Begründung:

In der Schweiz sind gemäss Bundesamt für Statistik 8,1 % der Bevölkerung von Armut betroffen (Zahlen von 2023)¹. Umgerechnet auf unsere drei Kantone entspricht dies rund 50'000 Personen. Als armutsgefährdet (inkl. der Armutsbetroffenen) gelten rund 16,1 % der Bevölkerung, also etwa 99'000 Personen². Besonders dramatisch: rund 10 % aller Kinder in der Schweiz leben in Armut.

Auch wenn das Ausmass von Armut damit klar bezifferbar ist, scheinen Massnahmen zur Armutsbekämpfung, wie etwa die Sozialhilfe, die Betroffenen nur begrenzt zu erreichen. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden im Kanton St.Gallen³ liegt mit 1,9% deutlich unter jener der Armutsgefährdeten und sogar unter jener der Armutsbetroffenen.

Besonders stark von Armut betroffen sind Menschen mit fehlender oder unzureichender Bildung, ebenso Personen, die in armen Familien aufwachsen. Armut wird damit häufig vererbt und ist eng mit dem Bildungsgrad verknüpft. Um die Bildungs- und Aufstiegschancen armutsbetroffener oder -gefährdeter Menschen zu verbessern, fordern wir mit Massnahmen 1 und 2 einen gezielten Ausbau der Förderinstrumente für einkommensschwache Familien im Bildungsbereich, beispielsweise durch Unterstützung bei der Anschaffung von für den Unterricht notwendigen Materialien wie Computern oder Tablets. Ziel ist es, zu verhindern, dass finanzielle Hürden den Zugang zu Aus- und Weiterbildungen oder den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben erschweren oder verunmöglichen.

Diese Investitionen könnten sich auch aus finanzieller Sicht langfristig selbst kompensieren, da verbesserte Berufs- und Einkommensaussichten zu höheren Steuereinnahmen führen.

Die Massnahmen 3 und 4 betreffen den Bereich der Konsumkredite, insbesondere sogenannte «Buy now, pay later»-Angebote, wie sie etwa von Klarna, Twint oder ähnlichen Anbietern bereitgestellt werden. Diese Angebote sind vor allem bei jungen Menschen beliebt, da

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/armut-deprivation/armut.html>

² https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/wohlbefinden-armut/armut-deprivation/armutsgefaehrung.html#par_headline_132034808

³ https://www.sg.ch/news/sgch_allgemein/2025/03/sozialhilfequote-liegt-erstmalig-unter-2-prozent.html

sie häufig über wenig Ersparnis verfügen. Gleichzeitig sind sie besonders gefährdet, da ihre Finanzkompetenzen oft noch begrenzt sind. So verliert man mit solchen Krediten schnell die Übersicht über getätigte Einkäufe und die damit zusammenhängenden Gebühren. Solche Kredite gelten daher als potenzielle Schuldenfalle.

Zum Entstehungsprozess:

An der 52. Jugendsession beschäftigten sich ca. zehn Jugendliche im Workshop «Arm in der reichen Schweiz» vertieft mit dem Thema Armut in der Schweiz. Sie erhielten Inputs von Philipp Holderegger, Co-Geschäftsleiter der Caritas St. Gallen-Appenzell, sowie von Renzo Andreani, Fraktionspräsident der SVP im Ausserrhoder Kantonsrat.

Nach der Diskussion mit den beiden Experten tauschten sich die Jugendlichen weiter über Probleme und mögliche Lösungsansätze aus.

Dabei identifizierten sie Konsumkredite als eine wichtige Armutsfalle, insbesondere für junge Menschen. Deshalb wollten sie mit einer Teilforderung Massnahmen ergreifen, um die Nutzung solcher Kredite zu reduzieren (siehe dritte Massnahme).

Gleichzeitig sprachen sie über Bildungschancen und vererbte Armut. Konsumkredite, die sie grundsätzlich kritisch betrachten, wurden dabei aber auch als eine Möglichkeit gesehen, für einkommensschwache Familien und Individuen Anschaffungen zu finanzieren, die für Ausbildung, Weiterbildung oder Berufs(einsteig) notwendig sind. Insbesondere Tablets oder Computer, die zunehmend zur Grundausrüstung in Schulen gehören, aber eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen können.

Um Menschen mit wenig Geld weiterhin solche bildungsrelevanten Anschaffungen zu ermöglichen, ohne sie in die Schuldenfalle zu führen, entwickelten die Jugendlichen die Idee kantonalen, zinslosen Kredite. Diese sollen gezielt für notwendige Anschaffungen eingesetzt werden können, die die Bildungs- und Aufstiegschancen verbessern. (Wortlaut der Massnahme: Etablierung kantonalen zinslosen Kredite für Bürger*innen zu Bildungszwecken und zur Erleichterung des Berufseinstiegs.)

Diese beiden Forderungen wurden anschliessend dem Plenum der Jugendsession präsentiert, um den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit für Fragen sowie für die Erarbeitung von Änderungsanträgen zu geben. Im Abschlussplenum wurden diese Änderungsanträge in die Forderung eingearbeitet.

Mehrere Änderungsanträge sahen die Streichung der Massnahme zu den zinslosen Krediten vor. Argumentiert wurde unter anderem damit, dass die Vergabe von Krediten nicht als Staatsaufgabe gesehen werde (insbesondere wegen der Konkurrenz zur privatwirtschaftlichen Kreditvergabe sowie des bürokratischen Aufwands) und dass Stipendien diese Lücke bereits füllen würden. Ein Antrag auf ersatzlose Streichung wurde jedoch abgelehnt. Ein weiterer Antragsteller stellte die Schaffung eines neuen Kreditsystems grundsätzlich infrage und argumentierte, dass der Kanton stattdessen auch direkt eingreifen könnte, um Ausbildungskosten zu senken, etwa durch die Reduktion von Studiengebühren oder die Bereitstellung von Materialien, die für den Unterricht notwendig sind. Dessen Antrag die Kredite aus der Forderung zu streichen, diese jedoch um neue Massnahmen ergänzte (Massnahmen 1 & 2) wurde knapp angenommen (23 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltungen)

Ein weiterer Antrag forderte, dass die Kantone nicht nur Massnahmen gegen die Nutzung von Konsumkrediten (siehe Massnahme 4) ergreifen, sondern auch generell über deren Risiken aufklären sollen (siehe Massnahme 3).

Der finale Massnahmenkatalog wurde nach Bereinigung aller Änderungsanträge vom Plenum mit 29 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Damit erhielt das Jugendparlament den Auftrag, diese Forderung bei den Kantonen einzureichen.